Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

15 (19.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 15 | Dienstag, den 19. Januar 1932 | 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Ab Dienstag ist das Verbot des Tragens politischer Abzeichen aufgehoben.

*

Die BIZ. in Basel hat den Kredit von 90 Millionen Schilling um weitere drei Monate verlängert.

*

Bei einem Eisenbahnunglück in Frankreich zwischen Paris und Boulogne gab es 11 Tote und 14 Verletzte.

*

In Adolf Hitlers Denkschrift an den Reichskanzler zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten wird ein Systemwechsel zur Stärkung der deutschen Außenpolitik gefordert.

*

Der Zusammentritt der französischen Kammer wird wohl die Entscheidung darüber bringen, ob die Konferenz von Lausanne am 25. Januar beginnt.

*

Das Reichskabinett hat sich am Montag ausführlich mit der Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft befaßt und entsprechende Beschlüsse gefaßt, deren Einzelheiten voraussichtlich im Laufe des Dienstag veröffentlicht werden. Der „Berliner Börsen-Courier" glaubt zu wissen, daß die Einführung eines differenzierten Butterzolles für Länder mit bezw. ohne Goldstandard beschlossen wurde.

*

Die Ausschüsse des Reichsrats verhandelten am Montag über den berichtigten Haushalt des Reiches und faßten nach ausführlicher Erörterung eine eingehende Entschließung über die allgemeine Finanzlage, die am Donnerstag in der Vollsitzung bekannt gegeben wird.

*

Botschafter v. Hoesch hatte am Montag eine neue Unterredung mit Ministerpräsident Laval, die sich auf die mit der Tributkonferenz zusammenhängenden Fragen bezog. Wie verlautet, soll von einer Vertagung der Konferenz dabei nicht die Rede gewesen sein.

*

Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, ist zwischen den Provinzen Tsitsikar, Mukden und Kirin eine Einigung über die Bildung einer neuen mandschurischen Republik zustandegekommen, die am 11. Februar in Mukden ausgerufen werden soll. Auch die Innenmongolei soll sich diesem neuen Staat anschließen.

Rundfunkrede Dr. Groeners über den Reichsgründungstag

T.U. **Berlin**, 18. Jan. Am Montag abend hielt Reichsinnenminister Dr. Groener aus Anlaß des Reichsgründungstages im Berliner Rundfunk eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte:

Jede Volksgemeinschaft, die sich lebensfähig erhalten will, bedarf der gemeinsamen vaterländischen Gedenktage. Dies gilt vor allem für das deutsche Volk, dem so manches Mal ein Ringen um sein Dasein auferlegt war. In unseren Tagen wiederum kämpft das deutsche Volk um seine Rettung aus tiefer Not. Dabei stehen weniger die materiellen Güter auf dem Spiele als vielmehr die geistigen und moralischen Kräfte. Eine solche geistige Wiedergeburt aber kommt nicht von außen. In uns selbst muß das heilige Feuer lodern, das den geistigen Kräften neuen Auftrieb gibt. Die Wurzeln dieser Erneuerung liegen in der Vergangenheit. Die großen Gedenktage unseres Volkes bleiben leuchtende Wahrzeichen in jedem Deutschen. Zum 61. Male jährt sich heute der Tag, an dem im Spiegelsaal des Versailler Schlosses König Wilhelm I. von Preußen die deutsche Kaiserwürde annahm und damit die Neugründung des Reiches vollendete. Das große Ereignis von 1871 einte endlich wieder alle Deutschen. Zwei hehre Gestalten ragen aus dem Bilde von Versailles von 1871 hervor: Bismarck und Wilhelm I. So sehr König Wilhelm dem Kaisergedanken widerstrebte, so ist doch durch diese beiden, in ihrem Charakter so grundverschiedenen Persönlichkeiten die Einheit des deutschen Volkes verwirklicht worden. Gibt es ein leuchtenderes Beispiel treuer Hingabe an die Nation?

Im gleichen Spiegelsaal zu Versailles wurde uns 1919 jener Vertrag aufgezwungen, dessen politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Unvernunft nicht nur für unsere beispiellose Notlage, sondern auch die der ganzen Welt verantwortlich sind. Und doch konnte die demütigende Szene von 1919 dem Einigungswerk von 1871 nichts anhaben. Der Feind selbst mußte dies bestätigen. Erhobenen Hauptes dürfen wir trotz allem Widrigen der Gegenwart des Reichsgründungstages gedenken. Ein großes Volk wie das deutsche, das auf eine tausendjährige Geschichte mit größten Leistungen auf allen Gebieten menschlichen Wirkens zurückblicken kann, wird durch eine Periode des Tiefstandes nicht um seinen Glauben an seine Bestimmung gebracht. Die großen Tage der Vergangenheit leuchten in das Dunkel der Gegenwart und geben Trost, Hoffnung und Stärke.

Als etwas Selbstverständliches erscheint uns heute das Reich. In Wahrheit ist seine Neugründung in heißem Streben erstritten worden. Wohl hatte seit dem Zusammenbruch des alten Reiches im Jahre 1806 deutsches Sehnen und Wollen auf tausend Wegen die deutsche Einheit gesucht. Die Blüte deutscher Geistesgröße rang um sie in der Frankfurter Nationalversammlung. Der Streit über das Wie ließ es nicht zur endgültigen Tat kommen. Es bedurfte noch großer geschichtlicher Ereignisse, um das Werk zur Vollendung zu bringen. Was schwer errungen, hatte in sich die Kraft des Bestandes. Die Einheit des Reiches überstand die Schrecknisse des Weltkrieges, das Elend des Zusammenbruchs, den Wandel von der Monarchie, den Krieg im Frieden, den der Ruhrkampf bedeutete. Wo die Einheit des Reiches auf dem Spiel stand, gab es keine Parteien. So soll und muß es bleiben. Der Reichsgründungstag mahnt alle Volksgenossen, zusammenzustehen in Brüderlichkeit und Einigkeit. Fort mit dem häßlichen Streit der Parteien, der unser ganzes Volksleben vergiftet. Die Einheit des Volkes von innen heraus wieder zusammenzuschweißen, ist die gemeinsame Aufgabe aller Volksgenossen. Es muß möglich sein, eine neue Gemeinsamkeit herzustellen, die auch jene politischen Lager umfaßt, die sich heute als erbitterte Feinde gegenüberstehen. Die einzige Grundlage einer Einigung kann nur die Nation sein. Politische Programme an sich können keine unüberwindlichen Gegensätze bedeuten, wenn nur in jedem der Grundsatz lebt, daß das Wohl der Nation über allem anderen steht. Es ist ebenso verkehrt, die Verfassung von Weimar in Bausch und Bogen zu verwerfen, wie in ihr ein unveränderliches, starres Idol zu sehen. Unantastbar ist nur ihr Grundgedanke, die freie Mitarbeit und Selbstverantwortung eines jeden Staatsbürgers.

Der Leidensweg, den das deutsche Volk seit dem zweiten Versailles zurückgelegt hat, muß ihm eine dauernde Lehre dafür sein, daß allein die eigene geschlossene Kraft ihm den Weg in die Zukunft bahnen kann. Deutschland wird jetzt auf die Konferenz von Lausanne und Genf gehen, um sein gutes Recht auf Freiheit und Gleichberechtigung mit anderen Völkern zu erringen. Die historische Bedeutung dieser Stunde verlangt es, daß jeder Deutsche den Reichskanzler und die übrigen Vertreter des deutschen Volkes, die in Lausanne und Genf seine Sache führen, bei ihrem beispiellos schweren Ringen unterstützt. Vor dem Kampf um die höchsten Rechte des deutschen Volkes schweige der Parteienstreit. Wie oft hat unser allverehrter Herr Reichspräsident zur Einigkeit aufgerufen. Er, der den Reichsgründungstag im Spiegelsaal von Versailles mit erlebte, dient mit aufopfernder Pflichterfüllung und heroischer Treue der Einheit der Nation. Denn nur in diesem Zeichen ist das nationale Rettungswerk zu vollbringen.

Wir wollen geloben, unsere Zwietracht zu begraben, einig und treu zusammenzustehen und nach dem Wahlspruch Bismarcks des Sieges der deutschen Einheit alle unsere Kraft dem Dienste am Vaterlande zu opfern.

Englisch-französische Einigung über Tributmoratorium bis 1. Juli 1933?

T.U. London, 19. Jan. Der englische Außenminister hat wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" bestätigt, der Reichsregierung vorgeschlagen, das Tributmoratorium bis zum 1. Juli 1933 zu verlängern. Bejahenden Falls brauche die Konferenz von Lausanne nicht stattfinden. Sollte aber die Reichsregierung eigene Vorschläge machen wolle, dann werde die Konferenz abgehalten werden müsse.

*

Französische Anfrage in Amerika wegen Verlängerung des Zahlungsaufschubes

T.U. **New-York**, 18. Jan. Die französische Regierung hat nach einer Meldung der Zeitung „American" den Präsidenten Hoover und das Staatsdepartements um eine amtliche Stellungnahme zur Frage einer Verlängerung des Zahlungsaufschubes ersucht. Den Bescheid der amerikanischen Regierung wird wahrscheinlich Botschafter Dawes auf der Fahrt zur Abrüstungskonferenz in Paris übermitteln.

Die Aussichten der Lausanner Konferenz

London, 18. Jan. Die Morgenblätter betrachten es als ausgemacht, **daß die Lausanner Konferenz lediglich das Deutschland gewährte Moratorium um einige Monate verlängern und sich dann um etwa 6 Monate vertagen werde.**

„Times" erklärt, daß nach britischer Auffassung die Frage einer Verlängerung des Hoovermoratoriums gegenwärtig nicht akut sei, da die nächsten britischen Zahlungen an Amerika erst am 15. Dezember fällig werden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" führt aus: Selbst wenn **Frankreich** an der Konferenz teilnehmen sollte, werde es dies widerwillig und mißtrauisch tun. Die französische Regierung würde ihre Anwesenheit davon abhängig machen, daß kein Versuch unternommen werde, etwas anderes als die allerprovisorischsten Beschlüsse zu fassen. Der wahre Grund dafür sei, **daß Frankreich unter allen Umständen auf der Weiterzahlung der ungeschützten Annuitäten nach verhältnismäßig kurzer Zeit, etwa nach zwei Jahren, bestehen werde** und einer Verminderung der geschützten Annuitäten nur insofern zustimmen wolle, als Amerika ein entsprechendes Zugeständnis mache. Angesichts der Haltung des Kongresses könne aber gegenwärtig die Frage Amerika gegenüber offiziell nicht vorgebracht werden. Der Berichterstatter hebt hervor, die britische Regierung werde vielleicht darauf dringen, das Moratorium für Deutschland nicht um 6 Monate, sondern um ein Jahr zu verlängern. Auf diese Weise würde eine neue Reparationsvereinbarung bis zum Zusammentritt des neuen amerikanischen Kongresses im März 1933 aufgeschoben werden.

„Morningpost" erklärt in einem Leitartikel eine Lösung der Reparationsfrage ohne Amerika für unmöglich. Die Lausanner Konferenz, die den europäischen Teil des verwickelten Schuldenproblems lösen solle, **könne zu keiner Lösung auf rein europäischer Grundlage kommen.**

*

Der Kampf um Lausanne

T.U. **London**, 18. Jan. Englische zuständige Stellen deuten unzweideutig an, daß die ganze Lausanner Konferenz überhaupt fallen gelassen werden soll, wenn Frankreich dem Zusammentritt am 25. Januar nicht zustimmen oder sonstige Schwierigkeiten machen sollte. Es wird zwar ausdrücklich versichert, daß hierüber noch keine Entscheidung gefallen ist. Die Tendenz für einen solchen Beschluß ist aber unzweifelhaft vorhanden. Sollte dieser Fall eintreten, so soll versucht werden, entweder bei dem Zusammentreffen der Außenminister in Genf oder auf dem übrigen diplomatischen Wege zu einer Einigung über die Verlängerung des Tributmoratoriums für Deutschland auf die Dauer von etwa sechs Monaten nach dem 1. Juli zu kommen. Inzwischen wartet man in London ab, welche Entscheidung die französische Regierung in der Kammersitzung am Dienstag treffen wird. Die englischen Behörden setzen ihre Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz in der Annahme fort, daß diese am 25. Januar stattfinden wird.

Die vom „Observer" verbreitete Nachricht, daß bereits zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien eine Einigung über die von der englischen Regierung geäußerten Wünsche über die Behandlung der Tributfrage zustandegekommen sei, wird dementiert, und zwar im Hinblick darauf, daß von Frankreich nicht einmal die Annahme der Einladung zur Konferenz eingegangen sei und daß möglicherweise auch Mussolini noch anderweitige Wünsche im Sinne der von ihm gutgeheißenen Politik äußern sollte. Deutschland, so wird ausdrücklich betont, habe die Einladung zur Lausanner Konferenz bedingungslos angenommen. Die von deutscher Seite gemachten Hinweise, daß Deutschland gewisse Zusicherungen über die Inangriffnahme einer endgültigen Lösung der Tributfrage zu erhalten wünsche, seien zwar von englischer Seite zur Kenntnis genommen worden, sie stellten jedoch nach englischer Auffassung keineswegs eine Bedingung dar, die sich an die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz knüpfe.

*

Besuch Beneduces auch in Berlin?

T.U. **Rom**, 18. Jan. Professor Beneduce und der Gesandte Buti, der Generalsekretär der italienischen Abordnung für die Lausanner Konferenz, haben nach ihrer Rückkehr aus London den zuständigen Stellen über das Ergebnis ihres Gedankenaustausches in Paris und London berichtet. Während Stillschweigen über ihre Eindrücke bewahrt wird, unterstreicht die italienische Staatspresse aufs Deutlichste die Uebereinstimmung zwischen den Ansichten der italienischen und englischen Sachverständigen. Daß Beneduce und Buti nach Berlin reisen werden, ist nicht ausgeschlossen, aber noch unbestimmt und im wesentlichen eine Zeitfrage.

*

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Will Mussolini nach Lausanne?

London, 18. Jan. Die italienische Regierung soll in London wissen lassen, daß **Mussolini persönlich nach Lausanne gehen werde, wenn Macdonald an der Konferenz teilnehme.** Besprechungen sind im Gange, deren Ergebnis noch nicht vorauszusagen ist. Der englische Premierminister wird in jedem Falle zur Eröffnung der Abrüstungskonferenz nach Genf fahren.

•

Tributkonferenz erst mit Beginn der Abrüstungskonferenz?

T.U. **Berlin**, 19. Jan. Die „Vossische Zeitung" läßt sich aus London melden: Das englische Auswärtige Amt ist am Montag von Paris aus unterrichtet worden, daß Frankreich eine Verlegung der Tributkonferenz bis zum Zusammentritt der Weltabrüstungskonferenz am 2. Februar in Genf vorschlägt. Der leitende Gedanke bei diesem Vorschlag sei, daß bei der Abrüstungskonferenz die Außenminister der Gläubigerstaaten und Deutschlands sowieso anwesend seien und unter Hinzuziehung einiger Sachverständigen die Tagesordnung der Tributkonferenz in kleinem Rahmen und mehr beiläufig erledigt werden könnte. Weiter habe die englische Regierung am Montag die deutsche Regierung davon verständigt, daß England auf der Lausanner Konferenz die Ausdehnung des deutschen Moratoriums bis zum 1. Juli 1933 vorgeschlagen werde.

•

Gewerkschaften fordern Ende der Tribute

T.U. **Berlin**, 19. Jan. Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerschaftsbundes, veröffentlicht in den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes einen Aufsatz über die Stellung der deutschen Gewerkschaft zur Reparationsfrage. Leipart führt u. a. aus, daß die Forderung deutscher Tribut Zahlungen nicht mehr berechtigt sei. Er schreibt u. a., die Kosten der Wiederaufbauarbeit seien durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt. Damit sei dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen. Deutschland habe die Verträge voll erfüllt. Zurzeit sei es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf eigenen Antrag, sondern infolge der Anregung des amerikanischen Präsidenten. Leipart erklärt dann weiter, daß ihm der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen scheine. Ferner tritt er der Meinung entgegen, daß Deutschland an seiner Zahlungsunfähigkeit selbst schuld sei, weil es mit den Auslandsanleihen verschwenderisch umgegangen sei. Aus einer Aufstellung über den Zufluß und die Verwendung von Devisen in Deutschland in den Jahren 1924 bis 1930 weist er nach, daß in dieser Zeit die 10,3 Milliarden an baren Reparationsleistungen ohne Sachlieferungen nur durch die Auslandsanleihen gezahlt werden konnten. Man könne sich auch nicht gegen den Standpunkt wenden, daß die privaten Auslandsschulden ein Vorrecht vor den Tributen haben müßten, denn die anfallenden Devisen der Auslandsanleihen seien zuerst den Siegerstaaten zugeflossen. Schließlich betont Leipart, daß die Voraussetzungen des Youngplanes nicht erfüllt worden seien. Die unmittelbaren und mittelbaren Tributgläubiger hätten vielmehr Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs Empfindlichste eingeschränkt. Leipart schließt: Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das Gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden.

Die Bevölkerungsabnahme Berlins

T.U. **Berlin**, 18. Jan. Nach den Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin ergibt sich für das Jahr 1931 eine Abnahme der Bevölkerung der Reichshauptstadt um 43 721 Personen, die sich aus einem Sterbeüberschuß von 10 714 und einem Wanderungsverlust von 33 007 zusammensetzt. Am 1. Januar 1932 zählte Berlin 4 288 314 Einwohner.

Zusammentritt der franz. Kammer

Briands merkwürdiges Verhalten

Die schwere Krankheit, an der Briand seit langem litt und die ihn am Verbleiben in der Regierung hinderte, ist von einem Tag zum anderen blühendstem Gesundheitszustand gewichen. Es genügte, daß das neue Kabinett sich ohne Briand bilden konnte, damit dieser sich aus einem müden und klapprigen Greis, der als Minister nichts mehr zu bestellen hat, in einen kampffrohen Politiker verwandelte, in dessen Händen das Schicksal der Regierung liegt.

Am Dienstag tritt Laval vor die Kammer. Briand hat sein Erscheinen zugesagt, er wird also, zum erstenmal seit einer langen Reihe von Jahren, seinen Deputierten-Sitz einnehmen. In der letzten Zeit war er nicht einmal auf der Ministerbank zu sehen. Sogar bei der letzten außenpolitischen Debatte war er nicht zugegen u. nun wird er als einfacher Abgeordneter sich die Regierungserklärung anhören? Die ganze Welt wird sich davon überzeugen können, daß Briand sich des besten Wohlbefindens erfreut und daß seine Ausschiffung aus der Regierung nicht die Folge seiner Krankheit, sondern der weitgesponnenen Intrige seiner politischen Feinde von rechts war.

Allein dies ist imstande, das neue Kabinett Laval zum Sturz zu bringen. Es genügt, daß die Abgeordneten, die Briand nahestehen, und die im Laufe der Jahre nur aus Loyalität zu ihm für die Regierung gestimmt haben, jetzt offen zur Opposition übergehen, und daß diejenigen Abgeordneten der Regierungsgruppen, welche bis zum letzten Augenblick schwankten, sich plötzlich auf die Seite Briands stellten. Sollte Briand dazu noch persönlich das Wort ergreifen, und auf die Hintergründe seiner Ausschiffung hinweisen, dann würde nur ein Wunder Laval retten können.

Es ist höchst verblüffend, zu sehen, wie die Autorität Briands seit seinem Rücktritt gewachsen ist. Es liegt an ihm, den Kampf aufzunehmen oder die Entscheidung über das Schicksal Lavals zunächst einmal zu vertagen. Niemand weiß, zu welcher Taktik sich Briand entschließen wird. Vorderhand hat er sich sämtliche Wege offengelassen. Auf das Angebot Lavals, Frankreichs bevollmächtigter Völkerbundsvertreter zu werden, hat er weder mit Ja noch mit Nein geantwortet. Laval hat allen Grund, nervös zu sein. Vielleicht wird er bald die Ausschiffung Briands bitter bereuen.

In den maßgebenden politischen Kreisen von Paris macht man kein Hehl daraus, daß die Tage der neuen Regierung selbst dann gezählt sind, wenn Briand diesmal noch zu einem Vorstoß nicht ausholen sollte. Es erscheint sehr fraglich, ob die neue Regierung bis zu den Wahlen an der Macht bleibt. An sich hat die Opposition kein Interesse daran, Laval schon heute zu stürzen. Denn infolge des Rechtsrucks, den Laval vorgenommen hat — der Abschied von Briand ist nur eines der Zeichen dafür —, sind ihre Siegeschancen bei den Wahlen erheblich gestiegen. Das Ziel der Opposition ist und bleibt, den Poincaréismus, dessen Gespenst über das heutige Frankreich schreitet, zu besiegen, wie sie es im Jahre 1924 getan hat. Zu den größten Trümpfen der Linken gehört die Kaltstellung Briands. Die Ratlosigkeit, die gegenwärtig die weitesten Kreise der französischen Bevölkerung erfaßt, kann in der nächsten Zeit zu großen Ueberraschungen führen. Die Gründe der Arbeitslosigkeit sind in der außerordentlich schnellen Verschlechterung der Wirtschaftslage und andererseits in der Zuspitzung der weltpolitischen Situation zu suchen. Die französische Politik steht infolgedessen an einem Wendepunkt. Es hat sich gezeigt, daß in solchen Zeitabschnitten die französische Kammer Fieberkurven aufzuweisen pflegt und Neigung zu Explosionen zeigt. Es ist daher begreiflich, mit welcher Spannung man in Frankreich die Dienstagssitzung der Kammer erwartet. Die große Rede Lavals, die eine Antwort auf das Nein des Reichskanzlers enthalten wird, gilt als eines der wichtigsten politischen Ereignisse des Jahresbeginns

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Die allgemeine Finanzlage am Donnerstag vor dem Reichsrat

T.U. **Berlin**, 18. Jan. Die Ausschüsse des Reichsrats verhandelten am Montag über den berichtigten Haushalt des Reiches und faßten nach ausführlicher Erörterung eine eingehende Entschließung über die allgemeine Finanzlage, die am Donnerstag in der Vollsitzung bekannt gegeben wird. Der Generalberichterstatter des Reichsrates für den Reichshaushalt, Ministerialdirektor Dr. Brecht, dessen Vortrag die Verhandlung einleitete, hat dem Reichsrat eine Denkschrift „Die Ausgaben des Reiches 1931 und früher" mit besonderen Bemerkungen über den Schuldendienst vorgelegt.

Verleihung des Adlerschildes an Geheimrat Sering

Berlin, 18. Jan. Der Herr Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor Dr. Max **Sering** anläßlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres den Adlerschild des Reiches verliehen und diese Ehrung mit einem Schreiben begleitet: In langer, unermüdlicher Arbeit als Forscher, Lehrer und Berater und in zahlreichen Schriften von grundlegender Bedeutung haben Sie an führender Stelle der Agrarwissenschaft neue Wege gewiesen. Durch Ihre wertvolle Mitarbeit an wichtigen Maßnahmen und Gesetzen zur Förderung der Landwirtschaft und des Siedlungswesens, als mutiger Vorkämpfer für die Erhaltung, Stärkung und Mehrung bodenständige deutschen Bauerntums und Ihr mannhaftes Eintreten für die unveräußerlichen Lebensrechte des deutschen Volkes haben Sie sich bleibende Verdienste erworben.

Die Frage der Bierpreissenkung

Berlin, 18. Jan. Die heutige Mitgliederversammlung des Deutschen Brauerbundes EV. beschäftigte sich u. a. mit der Frage der Bierpreissenkung. Wie WTB. Handelsdienst dazu erfährt, war die Versammlung einstimmig der Auffassung, **daß ohne eine fühlbare Senkung der Biersteuer eine Ermäßigung des Bierpreises nicht vorgenommen werden könne. Nur durch eine gleichzeitige Biersteuersenkung in einem Ausmaß, das die Verbilligung des ein Drittel-Literglases um mindestens 5 Pfennig ermögliche, könne eine Wiederbelebung des Konsums erwartet werden.** Eine Kommission wird die Vorschläge des Reichskommissars für Preisüberwachung anhören.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 15. Januar 1932

Berlin, 18. Jan. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Januar 1932 hat sich in der zweiten Januarwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 250,7 Millionen auf 3880,1 Millionen RM. **verringert.** Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 266,5 Millionen auf 3587,6 Millionen RM. abgenommen, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 6,3 Millionen auf 23,4 Millionen RM. und die Lombardbestände um 9,5 Millionen auf 108,5 Millionen RM., zugenommen. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 195,0 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die Bestände an **Gold und deckungsfähigen Devisen** haben sich um 20,2 Millionen auf 1121,1 Millionen RM. verringert. Im einzelnen **haben** die Goldbestände um 12,8 Millionen auf 966,2 Millionen RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 7,4 Millionen auf 154,8 Millionen RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 25,6 Prozent gegen 24,9 Prozent in der Vorwoche.

Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 18. Jan. Sonntag abend ist der Personenzug Paris—Abbeville um 19.10 Uhr bei Saint-Just entgleist. Es sind 10 Personen ums Leben gekommen, 20 Personen wurden verletzt. Ein Wagen ist umgestürzt.

Das Unglück ist wahrscheinlich auf den **Achsenbruch eines Wagens** zurückzuführen. Das Unglück ereignete sich kurz vor dem Bahnhof der kleinen Station Saint Just. Trotz des Achsenbruches fuhr der Zug, wenn auch mit verminderter Schnelligkeit bis zur ersten Weiche, wo die Katastrophe erfolgte. Die hinter dem beschädigten laufenden vier Wagen sprangen aus dem Gleis. **Zwei Wagen zweiter Klasse gingen in Trümmer.** Dicht an der Unfallstelle stand ein Weichenstellerhaus, daß vollkommen eingedrückt wurde. Drei Weichensteller, die sich im Augenblick der Katastrophe im Innern des Häuschens befanden, sind schwer verletzt worden.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[8

Ganz deutlich glaubte Elme das liebe, weiße Gesicht zu sehen. Dann aber dachte sie: Es war nur eine Täuschung. Mama wußte ja damals, als sie mir sagte, Dietrich von Rheinsbergh sei ein guter Mensch, noch nicht, daß er uns einmal die Heimat nehmen könnte. Dessen hätte sie ihn nie für fähig gehalten, und er hat es doch getan!

Andere Gedanken kamen und folterten sie: Er ist der Neffe Frau von Löwenrieds. Sie hat mir Wohltaten erwiesen. Nun kann ich nicht mehr länger in diesem Hause bleiben. Er würde über mich lachen!

Trotzdem Rheinsbergh von allen Seiten in Anspruch genommen wurde, beobachtete er scharf das junge blonde Mädchen, das so viele Erinnerungen in ihm auslöste, schöne und leidvolle.

Maria von Dörring!

Sie war tot! Lange schon! Und dort drüben stand ihr Kind, ihr so ähnlich, wie die Natur wohl kaum ein zweites Mal eine solche Aehnlichkeit zwischen Mutter und Tochter hervorbrachte.

Er hatte sie geliebt! Und er wußte, daß sich auch ihr Herz ihm langsam zugewandt hatte. Aber nie war es zu einer Aussprache gekommen, denn zwischen ihnen stand ja Hans von Dörrings brutale, wenngleich schöne, elegante Persönlichkeit. Und Maria von Dörring hatte keine Minute lang vergessen, daß sie die Frau dieses Mannes war, der diese stille, feine Frau nicht würdigen, sondern sogar mißhandeln konnte. Aber Freunde waren sie gewesen. Er, Dietrich von Rheinsbergh und Maria von Dörring. Doch die Welt glaubt ja nun einmal nicht an eine reine Freundschaft zwischen zwei schönen, jungen Menschen. Und so kam es eben, daß man auch diese Freundschaft in den Kot zog und Hans von Dörring recht gab, bis — ja — bis eben jene infame Geschichte kam, die Dörring als Feigling handeln ließ.

Und dann das andere: Karten und Frauen! Diese beiden Leidenschaften hatten schon immer viel Geld gekostet und waren in den meisten Fällen zum Verderben geworden. So auch bei Hans von Dörring!

Und er, Rheinsbergh, mußte den Verfall mit ansehen, mußte sehen, wie das Geld, das Maria mit nach Werdenberg gebracht, zusammenschmolz, wie es in Hans von Dörrings Händen in nichts zerrann!

Die Befürchtung lag nahe, daß Maria und ihr Kind einst arm sein würden, bettelarm! Das durfte niemals sein. Maria war eine Vollwaise und völlig unerfahren in Geldsachen. Das kam Dörring sehr gelegen, und niemand war da, der Maria vor dieser Ausbeutung schützen konnte.

Und er, er sollte zusehen? Sollte es dulden, daß Maria und ihr Kind einst Not leiden sollten, weil es Hans von Dörring gefiel, ihr Vermögen zu vergeuden!

Wenn Maria sich hätte scheiden lassen!

Doch das war bei ihrem Charakter ganz ausgeschlossen. Er, Rheinsbergh, hätte sie sofort an sein Herz genommen, hätte sich nicht mehr darum gekümmert, was Hans von Dörring mit dem Geld Marias anfing! Denn die Rheinsberghs waren von jeher ein reiches, starkes Geschlecht gewesen, und die zarte Frau hätte gewiß das Glück in das alte Schloß gebracht.

Das waren Träume und unerfüllte Hoffnungen geblieben. Marias stilles Leidensgesicht ließ kein Geständnis zu, erstickte jedes dahin zielende Wort im Entstehen. Aber etwas mußte geschehen!

Er, Rheinsbergh, sprach offen mit Maria über die Geldverhältnisse in Werdenberg. Und er bereute nicht, es getan zu haben. Marias dankbare Augen würde er nie vergessen.

„Ich bin in letzter Zeit achtlos über alles hinweggegangen, weil mich das Leid stumpf gemacht hatte. Aber Sie haben recht, es handelt sich um mein Kind. Ich muß an mein Kind denken. Es darf nicht in Not und Elend kommen. Was aber soll ich tun?"

So hatte sie gesagt, und er hatte an sich halten müssen, daß er sie nicht an sich riß, sie küßte und zu ihr sagte: Komm fort aus all dem Sumpf und Elend, komm in mein schönes, friedliches Heim; was kümmern uns die Menschen, was kümmert dich der Mann, der dir nicht eine Minute lang die Treue gehalten hat. Aber er sagte nur ganz ruhig:

„Frau Maria, es hilft alles nichts, Sie müssen mir ein genaues Verzeichnis Ihres Vermögens geben, das Sie mit nach Werdenberg gebracht haben, und Sie müssen Ihre Ansprüche auf dieses Geld erheben. Man weiß natürlich heute nicht, wie weit Werdenberg schon verschuldet ist."

Mit großen, angstvollen Augen hatte Maria ihn angesehen. Dann sagte sie leise:

„Ich bringe Ihnen alle Papiere, die ich noch besitze. Mein Mann wollte sie längst haben. Ich glaube, daß diese Papiere noch einen großen Teil meines Vermögens darstellen."

Befreit hatte er aufgeatmet.

„Ja, dann ist wohl noch nicht alles verloren, dann könnte Werdenberg vielleicht doch für die kleine Elme gerettet werden, während es sonst wohl bald genug unter den Hammer käme. Wie mir bekannt ist, sind Wechsel auf unerhört hohe Summen in Umlauf; es wird sich längst irgendein Vampir darauf freuen, Werdenberg gegen ein Billiges an sich zu reißen."

Maria erhob die Hände.

„Kaufen Sie die Wechsel zurück, Rheinsbergh; ich will es Ihnen ewig danken."

Und Maria hatte ihm an einem der nächsten Tage die Papiere gebracht. Gerade um diese Zeit war dann Dörrings Eifersucht zum Ausbruch gekommen und er hatte sie dann beide bei einer dieser rein geschäftlichen Unterredungen überrascht. Und dann war jene brutale Tat geschehen: Dörring mißhandelte die zarte Frau, und er, Rheinsbergh, stürzte sich auf den Mann, der früher sein Freund gewesen. Und es zeigte sich, daß Dörring noch viel tiefer gesunken war, wie die Welt gedacht hatte. Er wich Rheinsbergh feige aus und rächte sich nur an der Frau, die ihm schutzlos preisgegeben war. (Fortsetzung folgt.)